

UMWELTSCHUTZ IM ORIENT - ZWISCHEN DEN FRONTEN

Von Fouad Hamdan*

Können Israelis und Libanesen, Türken und griechische Zyprioten zusammen an einem Strang ziehen? Sie können, wenn es um ein gemeinsames Anliegen geht: Umweltschutz. Speziell: unter dem Dach des Mittelmeerbüros von Greenpeace in Malta. Von der politisch neutralen Insel aus werden Kampagnen in Beirut, Tel Aviv, Nikosia und Istanbul koordiniert, die Aktivisten vor Ort zu den Themen industrielle Verschmutzung, illegaler Handel mit Giftmüll, Schutz von bedrohten Schildkröten und Nuklearenergie organisieren.

Spricht man Greenpeace-intern schlicht von Kampagnenpräsenz in den genannten Ländern, so verstehen sich die lokalen Gruppen eher als "Außenposten" in einer instabilen Region, in der jederzeit Kriege ausbrechen können. In der israelisch-besetzten Zone im Südlibanon kommt es täglich zu Kämpfen zwischen Guerrillas der islamischen Hisbollah und israelischen Soldaten. Auf der geteilten Insel Zypern fallen trotz mühsamer Versuche der UNO-Truppen, türkische von zypriotisch-griechischen Soldaten zu trennen, an der Grenze hin und wieder Schüsse. In der Türkei findet ein endloser Krieg zwischen der Armee und kurdischen Aufständischen der PKK statt.

Dies bedeutet, daß Greenpeace in der Region nicht nur mit Umweltproblemen, sondern ebenso mit dem Geflecht der Mittelmeerfronten zu kämpfen hat. In allen Außenposten haben die Konfliktparteien immer wieder versucht, Greenpeace fuer ihre Sache und gegen die anderen zu nutzen. Die griechischen Zyprioten wollen, dass wir uns auf die Türken konzentrieren, die 70 Kilometer nördlich an der türkischen Mittelmeerküste ein Atomkraftwerk bauen wollen. Die kurdische PKK möchte, daß wir die türkische Armee kritisieren, weil der Krieg in Ostanatolien viele Wälder vernichtet hat. Libanesischer Politiker, unter Druck wegen ihrer verfehlten Umweltpolitik, wünschen sich nur eins: Greenpeace möge sich bitte nur auf die israelische Firma Haifa Chemicals konzentrieren, die regelmäßig Giftschlamm im Mittelmeer verklappt.

Vor allem am Anfang versuchten die Regierungen, eine neue Art von "Opposition" zu verhindern. Libanesischer Minister warfen uns 1995 vor, den Ruf des Libanons im Ausland mutwillig zu zerstören und damit dem aufkeimenden Tourismus zu schaden. Die Vorwürfe gipfelten in Unterstellungen, daß Greenpeace den israelischen Interessen diene. Damit wurde indirekt behauptet, der Greenpeace-Vertreter in Beirut sei ein israelischer Agent. Anstatt sich gegen solche Vorwürfe verbal zu wehren - was wir für sinnlos halten - haben wir damals ohne Zögern an unserer Kampagne zum illegalen Giftmüllimport aus Italien weitergearbeitet, bis die Behörden 1996 einen Teil des Mülls nach Europa zurückschickten.

In Zypern ergoß sich eine Flut von Vorwürfen über Greenpeace, die Touristenanlagen in einem der schönsten Gebiete im östlichen Mittelmeer verhindern zu wollen. Doch auf der Akamas-Halbinsel brüten bedrohte Schilkrötenarten. Den Vorschlag, dort deshalb anstatt Hotelburgen lieber einen Naturpark einzurichten, unterstützt sogar die Weltbank. Aber Politiker aller Couleur - einige wollen sogar an dem geplanten Massentourismus in Akamas mitverdienen - biegen die Gesetze nach Gutdünken und verteilen Baugenehmigungen.

Zwei Jahre nach Gründung des Mittelmeerbüros haben die Behörden vor allem in Beirut und Ankara eingesehen, daß Greenpeace nicht so einfach zu vertreiben ist. Sie haben es versucht mit Drohungen aller Art, mit Geld- und Jobangeboten. Mittlerweile scheinen sie verstanden zu haben, daß wir die Regierungen weder systematisch deskreditieren, noch stürzen wollen. Zweifellos mögen sie uns immer noch nicht. Aber sie haben Greenpeace endlich akzeptiert - und sie respektieren uns sogar ein wenig.

Im Libanon berichtet das Hisbollah-Fernsehen "Manar" (Leuchtturm) regelmäßig über unsere Kampagnen. Nicht nur, weil wir in Israel Umweltsünden entlarven. Aus der Sicht der Islamisten ist Greenpeace kein rein westliches Import-Produkt mehr, seitdem eine unserer Kampagnen zur Schliessung einer Müllverbrennungsanlage in der Hisbollah-Hochburg im Süden Beiruts geführt hat. Für sie haben die Regenbogenkrieger seither auch ein arabisches Gesicht. Dazu zitierte mir ein Hisbollah-Journalist: "Unheil ist auf dem Festland und auf dem Meer sichtbar geworden zur Strafe für das, was die Hände der Menschen begangen haben (Koran, Sure 30:41)". Deshalb, so seine Meinung, verdienen Umweltschützer die volle Unterstützung aller Gläubigen, auch die der Juden und Christen.

Greenpeace-Stil durchgesetzt

In der Türkei wurden typisch westliche Aktionen durchgeführt, wie z.B. 1995 eine friedliche Blockade des chinesischen Konsulats, um gegen Atomtests zu protestieren. Die Blockade wurde von der Polizei mit Gewalt geräumt und alle Aktivisten wurden festgenommen. Der Richter sprach sie später frei mit der Begründung, daß die Umweltschützer gewaltfrei gewesen seien und keinen Widerstand gegen die Polizisten geleistet hätten. Dieses Verhalten wurde von den Menschen und den Behörden in der Türkei anerkannt und gutgeheißen, vor allem weil sie zumeist gewalttätige Demonstrationen gewohnt sind. Seither wurden andere Aktionen durchgeführt und akzeptiert wie etwa 1997 die Blockade des Energieministeriums in Ankara wegen der offiziellen Atompolitik. Etwas Besonderes in einem Land, dessen Sicherheitsapparate mit Menschenrechten nicht gerade zimperlich umgehen.

Seiltanz inmitten politischer Minenfelder

Dennoch ist und bleibt Umweltschutz in Halb-Demokratien wie im Libanon und in der Türkei ein Seiltanz inmitten politischer Minenfelder. Einen Fehler in dieser Atmosphäre aus Nationalismus pur und Gewaltbereitschaft kann sich Greenpeace nicht leisten. Deshalb heißt die erste Grundregel: eine politisch neutrale Linie halten. Grundregel zwei lautet: Öffentliche Kritik erst dann üben, wenn mit allen Parteien lange palavert, Tee getrunken und Wasserpfeife geraucht wurde.

Neben diesen Grundsätzen machen wir jeder Partei oder Guerillagruppe regelmäßig deutlich, daß wir überparteilich sind. Sie versuchen nämlich immer wieder, Greenpeace allein für ihre Interessen einzubinden. Gleichzeitig müssen alle spüren, daß wir jeden unabhängig von seiner Religion kritisieren würden: Moslems, Juden oder Christen. Mit solchem unabhängigen Verhalten machen wir uns nicht so schnell und leicht Freunde, aber schließlich bekommt die „Nicht-Regierungsorganisation“ (NGO) Greenpeace ihre Spenden auch nicht zur Pflege von Freundschaften. Übrigens: Den Begriff „Nicht-Regierungsorganisation“ mögen die orientalischen Machthaber nur ungern hören.

Ein andere politisches Minenfeld lauert in Zypern, wo Greenpeace darauf achten muß, nicht in eine antibritische Bewegung zu geraten. Regelmäßig machen britische Truppen Manöver in der bereits oben erwähnten Region Akamas, die eigentlich unter Schutz gestellt müßte. Weder griechische Zypriotische noch Briten dürften dort schießen und bomben. In Israel können wir die Themen Atomwaffen und das Atomkraftwerk in Dimona nur mit Fingerspitzengefühl anpacken, da der Bereich nationaler Sicherheit in Israel extrem sensibel ist, solange kein Frieden mit allen arabischen Staaten geschlossen worden ist.

Zeugnis ablegen, harte, aber gewaltfreie Aktionen fahren, die Umweltsuender beim Namen nennen und Loesungen anbieten - der typische Greenpeace-Kampagnenstil „Konfrontation und Kooperation“ hat sich in den schwierigsten Außenposten im Libanon und in der Türkei durchgesetzt. In Israel, Malta und Zypern, die viel westlicher geprägt sind, war das kaum ein Problem. Im Gegenteil: Friedliche Greenpeace-Aktionen wie die Blockade eines Veklappungsschiffes erinnern in Israel an die Aktionen israelischer Militärkommandos.

Kampagnen sind trotzdem gewinnbar

Der westlich-geprägte Stil von Kampagnenarbeit hat sich auch im Orient bereits als Erfolg erwiesen: Die türkischen Behörden müssen jetzt mit einer breiten Opposition gegen ihre geplanten Atomkraftwerke rechnen. Die Debatte um Atomenergie versus alternativer Energien ist nicht mehr aufzuhalten. Zwei Umweltminister im Libanon mußten wegen der Giftmüll-Kampagne ihre Posten räumen. Der jetzige hat mit uns kooperiert, 36 Kontainer mit Plastikmüll nach Deutschland zurückverfrachten lassen und den Import von Giftmüll gesetzlich verboten.

Diese Erfolge sind nur möglich, weil die Medien in den Halb-Demokratien Libanon und Türkei relativ frei sind. Und sie sind auf der Seite von Greenpeace, wenn es darauf ankommt, ohnehin unbeliebte Politiker zu entlarven. Das verschafft den nötigen öffentlichen Druck, um Debatten zu entfachen und Veränderungen durchzusetzen. In einer orientalischen Gesellschaft kann ein Politiker nicht lange mit dem Ruf leben, daß er nichts für Mensch und Umwelt tut. Den Luxus, Probleme auszusetzen, kann man sich im konfliktgebeutelten Orient nicht lange leisten.

Oft wurden wir mit der Frage konfrontiert, welche Legitimation wir hätten, anderen zu sagen, was sie besser machen sollten. Die Antwort: Unsere Förderer im Mittelmeer und in aller Welt, die eine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit garantieren. Die Tatsache, daß Greenpeace kein Geld von

staatlichen Institutionen, Parteien oder aus der Industrie akzeptiert, macht viele Leute sprachlos, weil gerade im Mittelmeerbereich nur wenige Gruppen diese Linie fahren.

Die große Überraschung kommt demnächst, wenn Greenpeace als erste Umweltgruppe im Nahen Osten ihren Jahresbericht veröffentlichen wird. Diese Transparenz in den Finanzen ist eine absichtliche Provokation und wird vermutlich einige Ministerien und Pseudo-NGOs in Peinlichkeit stürzen. Die Leute werden Vergleiche mit anderen - auch staatlich-gelenkte - Gruppen ziehen. Der Demokratisierungseffekt dieser Transparenz ist unübersehbar.

Die aktive Partizipation von NGOs an politischen Entscheidungsprozessen ist unsere Hauptforderung. Bislang mußte jede Kampagne dieses Recht hart erkämpfen. Andere Gruppen bekamen Mut und trauten sich, lauter zu werden. Aber machen wir uns keine Illusionen: Der Prozess zu einer zivilen Gesellschaft mit politisch aktiven Bürgern in allen Bereichen inklusive der Umweltarbeit ist langwierig. Er ist nur möglich, wenn die politische Instabilität in der Region beendet wird und sich die Zukunftsängste der Menschen auflösen. Dies bedeutet, daß wir einen gerechten Frieden zwischen Arabern und Israelis, Türken und griechischen Zyprioten sowie Kurden dringender denn je brauchen.

* Der Autor ist der Libanon-Kampaigner und Medienkoordinator von Greenpeace Mittelmeer. Er lebt in Beirut.